

Die Linke Leverkusen

Herr Oberbürgermeister
Stefan Hebbel
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Die Linke Leverkusen
Gerichtsstr. 12
51379 Leverkusen

Keneth Dietrich

Telefon: 017656703293
keneth.dietrich@
die-linke-leverkusen.de
www.die-linke-leverkusen.de

Leverkusen, den 21.09.2026

Anfrage: Mögliche Auswirkungen der Umsetzung des Arbeitspapiers von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden in der Stadt Leverkusen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hebbel,
die Fraktion Die Linke bittet die Verwaltung um schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen und um Weiterleitung der Antworten an den Rat sowie die zuständigen Fachausschüsse.

Fragen

1. Wie viele Alleinerziehende erhielten und erhalten in unserer Stadt Unterhaltsvorschuss? Wie viele Leistungsempfänger*innen waren/sind Frauen, wie viele Männer?
2. Wie viele Alleinerziehende erhielten und erhalten in unserer Stadt mehr als 6 Jahre Unterhaltsvorschuss? Wie viele Leistungsempfänger*innen waren/sind Frauen, wie viele Männer?
3. Wie viele Alleinerziehende erhielten und erhalten Unterhaltsvorschuss für Kinder in der Altersgruppe von 16 - 17 Jahren? Wie viele Alleinerziehenden erhielten und erhalten Unterhaltsvorschuss für Kinder in der Altersgruppe von 12 - 16 Jahren?
4. Welche sozialen und finanziellen Folgen wären aus Sicht der Verwaltung für die betroffenen Alleinerziehenden und ihre Kinder sowie für den städtischen Haushalt und die örtlichen Hilfesysteme zu erwarten?

Für die Fragen 1-3 bitten wir um die Zahlen aus den Jahren 2020-2026

Begründung

Der Paritätische Gesamtverband veröffentlichte im April 2026 ein bis dahin internes Arbeitspapier von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden. Darin werden Einsparvorschläge für verschiedene soziale Leistungen diskutiert. Beim Unterhaltsvorschuss wird unter anderem eine Rücknahme der seit 2017 geltenden Ausweitung der Bezugsdauer und der Altersgrenze vorgeschlagen.

Der Unterhaltsvorschuss schützt Kinder, wenn ein Elternteil seiner Unterhaltspflicht nicht oder nicht vollständig nachkommt. Eine Einschränkung würde insbesondere Alleinerziehende und ihre Kinder treffen und könnte Kinderarmut drastisch verschärfen. Sozialstaatliche Leistungen dürfen nicht auf Kosten derjenigen gekürzt werden, die bereits heute besonders stark belastet sind. Für eine sachliche Bewertung müssen deshalb die möglichen Auswirkungen auf Leverkusen frühzeitig transparent gemacht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Keneth Dietrich
Fraktionsvorsitzender